



1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Dominic Müller (CVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum. Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Stimmenzählerin Angelika Murer Mikolasek hat sich für die heutige Sitzung abgemeldet. Dominic Müller schlägt Valeria Rampone als Ersatz vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt und stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Neue Geschäfte seit 6. Mai 2013

Der Stadtrat hat folgende neuen Geschäfte überwiesen:

- Reglement über die Wasserversorgung (Wasserversorgungsreglement der Stadt Dübendorf), Änderung Art. 29.3
- Teilnahme am neuen Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) per 1. Januar 2014

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL sind keine neuen Geschäfte eingegangen.

Folgende neue politische Vorstösse sind beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne) „Austritt der Stadt aus der SKOS“ (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)
- Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 1 Mitunterzeichnende „Tagesschule light bzw. Halbtageschule (08.00-15.00 Uhr) für Dübendorf (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)

Folgende Beantwortungen des Stadtrates sind eingegangen:

- Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) «Zwischennutzung Leepünt-Areal» / Beantwortung des Stadtrates (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)
- Schriftliche Anfrage Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne) „Umsetzung Gegenvorschlag Krippeninitiative“ / Beantwortung des Stadtrates

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Stefanie Huber (GEU/glp)

„Die GEU / glp steht zu einem volkswirtschaftlich prosperierenden Flughafen, der gleichermassen die Anliegen der lärm betroffenen Bevölkerung, der Umwelt und des Klimaschutzes respektiert. Dazu sind weder Verlängerung von Pisten noch Südanflüge und ebenso keine aus Sicherheitsgründen vorgeschobenen Südstarts straight notwendig. Letzte Woche war es so weit – der Bundesrat hat den ersten Teil des lange erwarteten Sachplans Infrastruktur Luftfahrt für den Flughafen Zürich festgelegt. Für die Dübendorferinnen und Dübendorf wird damit klar, mit was wir uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auseinandersetzen haben – Wenn es nach dem Bund geht, mit einem Südstart straight längerfristig, vermehrten Südstarts bei Nebel und Bise kurzfristig. Auch wenn der Flughafen betont, dass dies aufgrund der Anzahl Lärmbetroffenen alles nicht im Interesse des Flughafens sei, spricht die Eintragung dieser Grundlagen im SIL Bände. Dazu kommen Begehrlichkeiten nach Pistenausbauten - die Grünliberalen sprechen sich klar gegen die Vororientierungen zu den geplanten Pistenverlängerungen aus. Das Mittel des SIL, welchen der Bundesrat einführen kann, ohne dass wir Betroffenen uns dagegen wehren könnten, ist ein Unding in unserem Rechtssystem. Der Bundesrat



hat zwar für den zweiten Teil des SIL, welcher politisch noch umstrittenere Inhalte beinhalten wird und die Pflöcke des künftigen Betriebs in Stein meisseln wird, angekündigt, dass er ein umfassendes Vernehmlassungsverfahren für Behörden und die betroffene Bevölkerung durchführen will. Wir wissen aber aus dem ersten Teil SIL und dem Entscheid des Bundesrates für eine eventuelle private Trägerschaft für den Militärflugplatz Dübendorf, dass diese Versprechen nichts heissen müssen. An dieser Stelle verdanken wir dem Regierungsrat seine schnelle Stellungnahme von letzter Woche, in welcher für den zweiten Teil des SIL ein transparentes Verfahren fordert und seiner Intention Ausdruck verleiht, sich im VR des Flughafens mit dem Vetorecht gegen Südstarts für Verspätungsabbau bei Bise und Nebel einzusetzen. Wir werden ihn beim Wort nehmen! Die Grünliberalen setzen sich weiterhin auf allen Ebenen – national, kantonale, lokal – gegen noch mehr Kapazitätserweiterungen des Flughafens, für den gekröpften Nordanflug (GNA) und gegen Pistenausbauten ein. Der Süden sollte aber insbesondere bei den Pistenausbauten aufpassen, dass er nicht den Schalmeyenklängen des Flughafens erliegt, der zuerst versprochen wird, dass damit die Südanflüge aufgehoben werden könnten. Stattdessen folgen dann umgehende der Südstart straight und neue Verfahren wie Landungen von Süden auf Piste 32, von denen heute noch niemand spricht. Innerhalb der Rahmenbedingungen der bestehenden Pisten und mit einem GNA besteht genügend Spielraum für einen wirtschaftlich erfolgreichen Flughafen. Einen Flughafen mit den breit akzeptierten maximal 320'000 Flugbewegungen, den 7 Stunden Nachtruhe plus die zwei Nachtrandstunden 6-7 und 22-23 mit klarem Mengengerüst. Damit bleiben Zürich und die Schweiz international vernetzt.“

Orlando Wyss (SVP)

„Der von der Sozialbehörde Dübendorf an ihrer Sitzung vom 28. Mai 2013 gefällte Entscheid, aus dem privaten Verein Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS auszutreten hat nicht nur in Dübendorf, sondern über unsere Gemeindegrenze für Aufsehen und Reaktionen geführt. Dieser Schritt kam nicht zufällig oder unüberlegt. Er ist die logische Folgerung auf Fehlentwicklungen, welche durch die SKOS seit Jahren gefördert werden. Darum wurde auch im Jahr 2011 ein Postulat der SVP mit 112 zu 60 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, welches zufälligerweise am Tag vor der Verkündung des Dübendorfer Austritts im Kantonsrat behandelt und abgeschrieben wurde. Auch dem Zürcher Kantonsrat ist klar, dass die Besserstellung der Sozialhilfeempfänger gegenüber denjenigen, welche jeden Tag zur Arbeit gehen und ein tiefes Einkommen haben, beseitigt werden muss. Doch wenn man die Zusammensetzung der Gremien der SKOS studiert, welche auf ihrer Homepage ersichtlich ist, ist klar, dass solche Diskussionen bei diesem Gremium nicht geführt werden können. Das Fass zum Überlaufen gebracht hat der Fall des 23-jährigen Sascha W. aus Berikon, welcher jahrelang Termine der Sozialbehörde schwänzte, keine Post entgegen nahm und gemeinnützige Arbeit verweigerte. Als die Gemeinde ihm die Sozialhilfe strich, wehrte er sich bis vor Bundesgericht, welches ihm Recht gab. Der Entscheid basiert auf einem formaljuristischen Standpunkt, den kein Laie versteht. Der Skandal an dieser Geschichte ist die Reaktion des Präsidenten des SKOS, Walter Schmid. Er begrüßte dieses Urteil und rügte die betroffene Gemeinde. In einem Verein, welcher sich für die sozialen Belange in unserem Land einsetzt und an dessen Spitze ein Mann steht, welcher keinen Unterschied zwischen korrekten und renitenten Sozialhilfebezüger macht, hat Dübendorf nichts zu suchen. Dies sehen immer mehr Kommunen gleich. War vor Dübendorf schon Rorschach aus diesem Verein ausgetreten, hat nun auch Berikon, den Austritt gegeben. Die Sozialbehörde Berikon steht unter sozialdemokratischer Führung, welche diesen Beschluss herbeigeführt hat. Nun hat der Austritt von Dübendorf aus der SKOS keine unmittelbaren Folgen für die Sozialhilfebezüger in unserer Gemeinde. Der Kanton Zürich hat die Richtlinien der SKOS für allgemeinverbindlich erklärt. Doch ist es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Im Kantonsrat werden wir darauf hin arbeiten, dass renitenten Sozialhilfebezüger, welche nicht mit den Behörden kooperieren, die Sozialhilfe über die erlaubten 10% Prozent gekürzt werden können, wie dies im Kanton Aargau der Fall ist, welcher diese Richtlinien auch als allgemeinverbindlich erklärt hat. Es brodelt in der Bevölkerung bei diesem Thema auch darum, weil sich viele in der Sozialhilfe regelrecht eingerichtet haben. Damit wir uns richtig verstehen. Für die SVP gehört die Sozialhilfe zur Kernkompetenz des Staates, wie die innere und äussere Sicherheit des Landes, oder das Recht auf Bildung. Es wird immer Leute geben, welche auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Doch Ziel der Sozialhilfe muss die Hilfe zur Selbsthilfe



sein und nicht die Unterstützung von Leuten, welche das soziale Sicherungsnetz als gemütliche Hängematte missbrauchen. Es darf auch nicht sein, dass Sozialhilfeempfänger besser gestellt sind, wie arbeitende Leute im Niedriglohnbereich. Darum muss ein Malus eingeführt werden können, für Leute, welche unser soziales System offensichtlich missbrauchen. Der Schritt der Dübendorfer Sozialbehörde war richtig, weil mit den Verantwortlichen in der SKOS solche Fragen nicht diskutiert werden können. Dies ist auch klar, weil dieser Verein von linken Politikern dominiert wird. Da unsere Sozialbehörde eine Kommission mit selbständiger Verwaltungsbefugnis ist, hat sie auch die Kompetenz einen solchen Austritt zu beschliessen, da das Geschäft in ihren Kompetenzbereich fällt. Abschliessend kann vermerkt werden, dass sich in Dübendorf für Sozialhilfebezüger, welche sich an die an sie gestellten Richtlinien halten auch in Zukunft nichts ändert. Doch diejenigen, welche mit dem Bezug der Sozialhilfe nur ein bequemes Leben anstreben, müssen sich darauf einstellen, dass dies in Zukunft schwieriger sein wird. Es werden noch einige Gemeinden aus der SKOS austreten und es gibt starke politische Gruppierungen, welche daran arbeiten, dass die Verbindlichkeitserklärung dieses privaten Vereins aufgehoben wird. Die Gemeinden Rorschach, Berikon und Dübendorf machten den ersten Schritt, um in einem Bereich, welcher in unserem Land Ausgaben in Milliardenhöhe generieren, wieder Augenmass und gesunden Menschenverstand einzuführen.“

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin